

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fiedler, Magdeburg. Verlag von Hermann Fiedler, Magdeburg. Druck von Franz Schönbach, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eing. Schrotbohrerstr.). Fernsprecher 1587. — Prämumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringergeld) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Restband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die fünfgezahlte Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7770

Nr. 123.

Magdeburg, Dienstag, den 30. Mai 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Der Tuberkulose-Kongress.

Viertes Tag.

Bg. Berlin, den 27. Mai 1899.

Die heutige letzte Sitzung des Kongresses wurde vom Herzog von Ratibor wieder mit der Verlesung von Telegrammen eröffnet, die dem Kongress mehrere gekrönte Häupter überreicht haben. Robert Koch hat dem Kongress auf die telegraphische Begrüßung aus Rom in einem Danktelegramm geantwortet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung unterbreitet Professor Lieberich Berlin dem Kongress einen Antrag der Balneologischen Gesellschaft, dem verstorbenen Dr. Brexner-Görbersdorf ein Denkmal zu errichten. Es soll ein Aufsatz erlassen werden, an dessen Spitze das Komitee für den Tuberkulosekongress treten soll. Der Kongress stimmt dem Antrage der Balneologischen Gesellschaft einstimmig zu.

Auf der heutigen Tagesordnung steht die

Heilstättenbewegung.

Herr Gabel, der Präsident des Reichsversicherungsamtes, übernimmt den Vorsitz und weist in einer Ansprache auf die besondere Bedeutung der heutigen Tagesordnung hin. Es gelte die Lösung der Frage, wie ist die Bekämpfung der Tuberkulose in die Praxis zu überführen. Der Kongress behandle die Tuberkulose als Volkskrankheit. Damit solle gewiß gesagt sein, daß das ganze Volk unter der schrecklichen Seuche zu leiden habe, aber da sich heute der Kongress mit der Volkshilfsbewegung beschäftigen solle, so sei es klar, daß heute die Interessen der breiten Schichten des arbeitenden Volkes in den Vordergrund treten müßten. Er begrüße es deshalb mit besonderer Freude, daß sich die Vertreter der Versicherungspflichtigen Arbeiter am Kongress beteiligt haben und wünsche, daß sie auch in die Diskussionen eingreifen möchten. (Beifall.) Das werde hoffentlich dazu beitragen, manchen Gegenstand zu überbrücken. Bei der veränderten Physiognomie des heutigen Tages sei anzunehmen, daß die Geister lebhafter als sonst aufeinander plätscherten würden; er sichere aber jedem, soweit er sachliche Ausführungen zu machen habe, vollste Redefreiheit zu. (Beifall.) Um so mehr aber hege er das Vertrauen, daß niemand die Form verletzen oder Ausfälligkeiten machen werde, die bei anderen Kongreßteilnehmern Mißvergnügen erregen könnten.

Herr Rat v. Leyden hielt hierauf einen einleitenden Vortrag über die

Heilstätten-Entwicklung.

Er streifte kurz die Bewegung im Ausland, gedachte dabei rühmend Englands, das die Initiative in dieser Frage ergriffen habe und noch heute an der Spitze marschiere und gab dann interessante Darlegungen über die Entwicklung des Heilstättenbaues bei uns in Deutschland. Seit dem Jahre 1895 ist unter dem Vorst. des Grafen v. Posadowsky das Centralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungentranke in Berlin tätig und stellt in der ganzen Bewegung die Centralstelle dar. Der Redner berührte auch die gegensätzliche Tätigkeit der Stadt Berlin in der Heilstättenfrage und wies schließlich darauf hin, daß der ganze Kongress eigentlich zu dem Zweck einberufen worden sei, die Heilstättenbewegung in noch stärkeren Fluß zu bringen. Diese Aufgabe werde auch hoffentlich gelöst werden, denn der glänzende Verlauf des Kongresses habe in der ganzen Angelegenheit stark aufklärend gewirkt. Das Publikum sei über die medizinische und praktische Seite der Tuberkulose-Bekämpfung in weitgehender Weise informiert worden und es sei zu erwarten, daß dadurch das Interesse an der Heilstättenbewegung bei allen beteiligten Faktoren einen erfreulichen Aufschwung nehmen werde. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende der Versicherungsanstalt der Provinz Brandenburg, Landesrat Meyer, sprach hierauf über:

Finanzielle und rechtliche Träger der Heilstättenunternehmungen.

Er berechnete, daß etwa 50000 Personen jährlich für die Aufnahme in die Heilstätten in Frage kämen, für die bei einer durchschnittlichen Heildauer von 6 Monaten 25000 Betten erforderlich seien. Die Kosten eines Bettes (Bauplatz, Gebäude, Verwaltung) seien mit 10000 Mark zu beziffern, so daß eine einmalige Ausgabe von 100 Millionen Mark erforderlich wäre, wenn man für alle Tuberkulösen sofort sorgen wollte, die in Heilstätten unterzubringen seien. Die laufenden Kosten berechnete der Referent auf 4 Mark pro Tag und Kranken, so daß jährlich rund 37 Millionen Mark erforderlich wären, doch könnte und müßte man sich mit erheblich weniger begnügen, zumal es an genügend vorgebildetem Arzt- und Pflegepersonal für soviel auf einmal errichtete Heilstätten fehlen würde. Auch sei anzunehmen, daß mit Hilfe der Heilstätten die jährlichen Neuerkrankungen sich immer mehr verringern würden. Jedenfalls ist das Bedürfnis nach Lungeneilstätten in einem solchen Umfange vorhanden, daß die Lösung der großen Aufgabe nicht den aufopferungsvollen Bemühungen einzelner und der Liebeshätigkeit freier Vereinigungen überlassen bleiben kann. Gegenwärtig sind in Deutschland 21 Heilstätten mit 1486 Betten vorhanden, deren Zahl sich bis zum Jahre 1901 allerdings erheblich vermehren wird. Es ist daher dringend erforderlich, planmäßig und mit finanzieller Unterstützung der staatlichen und behördlichen zur Krankenfürsorge verpflichteten Organe unter gleichzeitiger Benutzung der Organisationskräfte der Sozialgesetzgebung der Kampf zu führen. Kommt doch auch die Fürsorge für die bedürftigen Familien der Heilstättenpfleger in Betracht. Nach Lage des gegenwärtig geltenden Rechts besteht nun für niemand, insbesondere auch für keinen der kommunalen Verbände und keine der sozialpolitischen Körperschaften eine gesetzliche Verpflichtung, die erforderlichen Veranstaltungen zu treffen. Auch der zweimal nicht zur Verabschiedung gelangte Entwurf eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten konnte nur allgemeine Grundsätze aufstellen und überließ die Details und die Frage der Beirung der Kosten der landesgesetzlichen Regelung. Zu einer landesgesetzlichen Regelung ist es nicht gekommen, und es ist sehr fraglich, ob sich überhaupt der Staat zu gesetzgeberischen Maßnahmen in dieser Richtung entschließen wird. Auch den Gemeinden kann die Last nicht aufgelegt werden. Viele von ihnen stehen schon jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Das Gefühl, in eine gesetzliche Zwangsjacke gefaßt zu sein, würde die freie Liebeshätigkeit hemmen.

Wir brauchen aber auch gar keine gesetzliche Regelung, kein gesetzgeberisches Eingreifen; es bedarf auch nicht wie bei der Impfung des staatlichen Zwangs, um die Kranken zur Ausübung einer Lungeneilstätte zu zwingen: sie gehen gern und freudig hin. Die erforderlichen finanziellen und rechtlichen Träger der Heilstätten sind latent bereits vorhanden; es bedarf nur ihrer Organisation und Ausbarmachung. Das gesunde und berechnete Eigeninteresse der Unternehmer ist es, sich gesunde und tüchtige Arbeitskräfte zu erhalten. Das Eigen-Interesse gebietet den Krankenkassen, sich durch die Abwehr wiederholter und langdauernder Krankheiten zu entlasten. Drittens müssen die Invaliditätsanstalten und Berufsgenossenschaften darauf bedacht sein, daß die Krankheit nicht zu dauernder Invalidität und damit zur Rentenzahlung führt. Ein weiteres Interesse haben die Kommunen daran, den Erkrankten die Arbeitsfähigkeit zu erhalten, vor allem aber der Staat als größter Arbeitgeber, zur Erhaltung der Kriegstüchtigkeit des Volkes und in Anbetracht des Invalidenrentenzuschusses von 50 Mark, den er zu leisten hat. Preußen wird sich sicherlich dieser Verpflichtung nicht entziehen, nachdem Baden, Württemberg und Hessen darin vorgegangen sind. Auch sollte der Staat ermäßigte Eisenbahntarife für den Zu- und Abgang zu den Heilstätten bewilligen. (Zustimmung.) Auch die Lebensversicherungsanstalten werden aufgefordert, sich an den Kosten mitzubeteiligen. (Zustimmung.) Alle Mitarbeiter sind willkommen. Der Wohlthätigkeit Privater bleibt es überlassen, Freibetten für Angehörige des ärmeren Mittelstandes zu stiften, den Familien der Erkrankten distret und jeinjährig Unterstüßungen zu vermitteln und den Entlassenen geeignete Arbeit zu verschaffen. — Redner schließt seine Ausführungen mit den Worten: Der Staat wird allen anderen überlegen sein, der sich die gesunde und leistungsfähige Bevölkerung erhält. (Lebhafte Beifall.)

Der nächste Redner, der Vertrauensarzt der Centralkommission der Krankenkassen Berlins, Dr. Friedeberg, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Sein Thema lautete:

Die Mitwirkung der Krankenkassen und Krankenfürsorge bei der Heilstättenfürsorge.

Der Redner hob hervor, daß die bisherigen Verhandlungen des Kongresses als unbefriedigende Thatsache ergeben hätten, einmal, daß die Lungentuberkulose heilbar und zweitens, daß sie im fundamentalsten Sinne des Wortes eine proletarierkrankheit ist, die durch soziale und Arztlage des Berufs herbeigeführt wird. Es werde daher nicht befremden, wenn er beauftragt sei; hier die Anschauungen der Arbeitererschaft auszusprechen: Erst nach einer durchgreifenden Aenderung der sozialen Zustände, erst nach völliger Gewährung unbeschränkter Koalitionsfreiheit kann sich die deutsche Arbeitererschaft eine endgültige Ueberwindung der Tuberkulose versprechen! (Lebhafte Beifall.) Nichts desto weniger erkennen wir an, was bisher schon zur Ueberwindung dieses Volksüblems geschehen ist und was die Regierung in dieser Beziehung gethan hat, vor allem auch die Wirksamkeit des deutschen Centralkomitees, das diesen in der Geschichte der Kulturwelt einzig dastehenden Kongress veranstaltet hat.

In erster Reihe sind die Krankenkassen berufen, hier in ihrem Interesse eingzugreifen. Etwa 33% Prozent der Arbeiterbevölkerung geht an der Schwindsucht zu Grunde. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in den Großstädten. Wo eine starke industrielle Bevölkerung vorhanden ist, schnell die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht herauf bis zu 40 ja 50 Prozent unter den Arbeitern. Und sie rafft ihn in der Blüte der Jahre im Lebensalter von 30—40 Jahren nach langem Siechtum dahin. Schon aus rein humanen Rücksichten werden die Krankenkassen im Interesse ihrer Mitglieder die Schwindsucht bekämpfen; andererseits ist aber auch ihre materielle Belastung infolge der vielen Erkrankungen an Tuberkulose eine ungesunde. So hat eine kleine Berliner Kasse, die der Goldschmiede, für Schwindsüchtige in einem Jahre mehr als 30000 Mark ausgegeben. Allein sind aber die Krankenkassen zu schwach um eine rationale, wesentliche auf der Heilstättenbehandlung basierende Schwindsuchtbekämpfung durchzuführen. Das liegt einmal an der Zerstückelung des ganzen Krankenkassenwesens, wodurch die Verwaltungskosten ganz ungeheuer wachsen (Lebhafte Zustimmung) und ferner an ihrer Belastung mit Aufgaben, deren Erfüllung eigentlich den Berufsvereinigungen zufiele (Lebhafte Zustimmung.) Die Krankenkassen sind bereit, das Ihrige zu thun. Der Krankentag in Weimar im vorigen Jahre hat eine Reihe Verpflichtungen für die Krankenkassen beschaffen: Für die Dauer des Heilverfahrens soll an die Mitglieder das volle Krankengeld gezahlt werden; die Vorstände und Beamten der Kassen sollen nach erfolgter Mitteilung des Arztes die für ein Heilverfahren geeigneten Erscheinenden zur Stellung des Antrags veranlassen; eine Statistik über die Tuberkulösen soll aufgenommen und Mitgliederberatungen mit einem Enthusiasmus populär-hygienischer Vorträge sollen abgehalten werden; außerdem soll enge Fühlung mit den Gewerbeinspektoren genommen werden.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose ist die Mitwirkung der Invaliditätsanstalten unerlässlich. Diese können finanziell weit kräftiger eingreifen, als jede andere sozialpolitische Institution. Wo die Schwindsucht alles hinwegrafft, sind keine Altersrenten zu zahlen. Die Hauptaufgabe der Anstalten muß sein, die Invalidität zu verhindern, nicht das Geld nachzuwerfen. (Sehr richtig.) In dieser Richtung ist in den letzten Jahren unlegbar viel gethan, nur muß noch mehr geschehen und zwar auf dem Wege des Gesetzes. Der § 12 des Invaliditätsgesetzes giebt den Anstalten die Befugnis, ein Heilverfahren einzuleiten, aber hiervon machen nicht alle Anstalten Gebrauch. Aus der Befugnis muß gesetzliche Verpflichtung werden! Die Anstalten sollen es selbst in der Hand haben, durch ihre Vertrauensärzte zu prüfen, wer geeignet ist; für den Geeigneten aber soll dann das Heilverfahren eingeleitet werden müssen. Diese Verpflichtung der Anstalten soll unmittelbar angeschlossen werden an die gesetzliche Mindestleistung der Krankenkassen, während die Befugnis, das Heilverfahren zu übernehmen, wie bisher an keine Zeitgrenze gebunden ist. Es darf keine Lücke mehr geben zwischen der Fürsorge der Krankenkassen und dem Eintreten der Invaliditätsanstalten, damit der Betreffende nicht der Krankenpflege anheimfällt und damit seine staatlichen Ehrenrechte verliert. Die Arbeiter können meistens für die Zeiten der Not nichts zurücklegen. Daraus ergibt sich ein klaffender Widerspruch. Diejenigen, die in die Heilstätten hineingehören, sind eigentlich noch arbeitsfähige Leute, die noch nicht bis zu längerer Erwerbsunfähigkeit heruntergekommen sind. Wenn sie schon so weit sind, gehören sie nicht mehr in die Heilstätten, dann muß in anderer Weise für sie gesorgt werden. Diejenigen aber, bei denen der Keim der Krankheit sich zeigt, gehören in die Heilstätten,

die können sie aber für gewöhnlich nicht auffuchen, weil sie nicht ihre Familien im Elend zurücklassen können. Deshalb muß vor allem auch für diese Familien gesorgt werden. Die Invaliditätsanstalten sollen ohne Einschränkung der Krankenkassenbeiträge die gesamten Kosten des Heilverfahrens einschließlich der nach Ausschließen der Krankenversicherung in Höhe des bisherigen Krankengeldes zu zahlenden Familienunterstützung selbst übernehmen, während die Krankenkassen die ganzen ihnen statutarisch obliegenden Leistungen, so lange der im Heilverfahren Befindliche der Kasse zugehört, diesem und seiner Familie zukommen lassen. Das ganze Krankengeld muß als Familienunterstützung gewährt werden und nicht nur die Hälfte, wie die Invaliditätsnovelle es vorsieht.

Ich führe schon an, daß es die noch arbeitsfähigen Leute sind, welche in die Heilstätten hineingehören. Deshalb ist bei der ganzen Heilstättenfürsorge die verständnisvolle Mitwirkung der Krankenkassenärzte unerlässlich, welche die geeigneten Fälle der Heilstättenbehandlung rechtzeitig zuzuführen haben. Erwerbsunfähigkeit muß von diesen auch dann als vorliegend anerkannt werden, wenn von dem Weiterarbeiten Beeinträchtigung oder Verlust der Arbeitsfähigkeit in absehbarer Zeit zu befürchten ist.

Ein wichtiger Faktor im Kampfe gegen die Schwindsucht ist die Aufklärung der Bevölkerung und die Erziehung derselben zu hygienischer Denkwiese und gesundheitsgemäßer Lebensführung. Es muß den Krankenkassen erlaubt sein, aufklärende Schriften in der Bevölkerung zu verbreiten, in den Betrieben müssen leicht verständliche hygienische Vorschriften aushängen, Vorträge von Krankenkassenärzten müssen in Krankenkassenversammlungen gehalten werden. Hier in Berlin haben sich bereits über hundert Ärzte dazu bereit erklärt. (Bravo!) Ebenso müssen die Leute, die sich 3, 4 Monate und mehr in den Heilstätten aufhalten, dort aufgeklärt werden, damit sie ihre dort gewonnenen Kenntnisse nachher weiter verbreiten. Die Heilstätten sollen so ein großes Erziehungsinstitut des deutschen Volkes sein. (Beifall.) Endlich muß verlangt werden die Möglichkeit unentgeltlicher Sputumuntersuchungen in Staatsinstituten, Universitätslaboratorien usw.

Redner fordert die Anwesenden auf, zu der Konferenz der Vertreter der Krankenkassen zu erscheinen, in der das Fazit der Verhandlungen des Tuberkulosekongresses gezogen werden soll. Was uns auch im übrigen trennen mag, für die Bekämpfung der Schwindsucht wollen wir gemeinsam unsere ganze Kraft einsetzen. (Lebhafte Beifall.)

Nach verwandte Thematika erörterten hierauf die Herren Baurat Schmieden-Berlin und Stabsarzt Dr. Schulken-Berlin. Herr Schmieden ist der Erbauer der Heilstätte Bradowsee und sprach über die bauliche Herstellung von Heilstätten.

Dr. Schulken beschäftigte sich mit der Frage der Einrichtung und des Betriebs von Heilstätten.

Beide Herren sprachen sich für völlige Trennung der Geschlechter aus. Herr Schmieden legte das Hauptgewicht auf Anlagen, die vor Wind geschützt sind. Die Räume der Pfleger müssen auf der Sonnenseite liegen. Die Schlafräume sind lediglich als Schlafräume zu benutzen und müssen pro Bett mindestens 30 Kubikmeter Luftraum enthalten. Für 10 Prozent der Pfleger sind Einzelzimmer vorzuziehen. Bei höherer Beladung der Schlafräume als mit vier Betten ist eine loyale Teilung durch niedrige Zwischenwände herzustellen. Zwischen je 2 Betten ist ein Zwischenraum von einem Meter zu lassen. Die Liegehallen sollten mit beiden Langseiten frei stehen, in Holz konstruiert sein und Fenster in der Rückseite haben. Wände, Decken und Fußböden sind thunlichst undurchlässig und leicht abwischbar herzustellen. Centralheizung ohne Staubentwicklung, elektrische Beleuchtung, zweckmäßige Verteilung von Zapfstellen für gutes Trinkwasser, möglichst sofortige Unschädlichmachung des Auswurfs und der sonstigen Abgänge sind dringend notwendig. Alle Wäsche ist, bevor sie in die Waschküche gelangt, auszuschleusen bzw. zu sterilisieren.

Dr. Schulken ergänzte diese Ausführungen auch nach der hygienischen Seite hin. Er forderte für die Heilstättenanlage eine annähernd wohlthuende Umgebung und giebt in der Bodenanlage dem Pavillonsystem den Vorzug vor allen anderen Systemen. Besonderen Wert legt er auf die hygienische Kur. Er verlangt, daß politische und religiöse Agitation innerhalb der Anstalten grundsätzlich, als die Kur beeinträchtigend, mit allen Mitteln verhindert werden muß. Der Kirchenbesuch ist allen Konfessionen zu ermöglichen, aber durchaus freiwillig zu gestalten. Am Schlusse seiner Ausführungen ließ sich der Vortragende über die in den Lungeneilstätten erzielten Heilerfolge aus. Die bisher feststellbaren Heilerfolge müssen nach ihm als günstig bezeichnet werden, sind aber doch erheblich besserungsfähig, z. B. dadurch, daß man die Kranken frühzeitiger in die Heilstätten bringt oder daß man die Kurdauer verlängert.

Das letzte der größeren Referate hielt Stabsarzt Dr. Pannwitz, der Generalsekretär des Kongresses, über die Fürsorge für die Familien der Kranken und die aus Heilstätten Entlassenen.

Der Referent erklärte sich im wesentlichen mit den Ausführungen Dr. Friedebergs einverstanden. Die monatelange Unterbringung von Kranken müsse andere Maßregeln zur Folge haben. Dr. Friedeberg habe ganz Recht gehabt in der Schilderung des Dilemmas, in das ein seine Familie allein ernährenden Arbeiter komme, wenn ihm der Arzt sage: „Du mußt jetzt auf Monate in eine Heilstätte.“ Es sei gar nicht zu leugnen, daß der Beginn der Kur oft durch die materiellen Erwägungen hinausgeschoben wird und daß ein wirklich frühzeitiger Beginn der Kur nur vom Arbeiter verlangt werden kann wenn seine Familie während des notwendigen notwendigen Anstalts-Aufenthaltes sicher gestellt wird. Altmeister Dettweiler habe ebenso wie Dr. Schulken den Wert der psychischen Hygiene hervorgehoben. Das beruhigende Gefühl, daß für seine Familie gesorgt, müsse der Arbeiter haben. Dr. Friedeberg habe seine Ansprüche an die gesetzgebenden Faktoren bargelegt. Er stimme ihm auch hierin zu, wenn er auch glaube, daß die Gesetzgebung allein hier nicht helfen könne, und auch nicht helfen solle. Der Trieb der Nächstenliebe solle und brauche nicht unterbunden zu werden. Notwendig sei es aber, daß man die Wohlthätigkeitsbestrebungen konzentriere und in ein bestimmtes System bringe. Dazu seien die Vereine vom „Rothem Kreuz“ in hervorragendem Maße geeignet. An die Arbeitgeber müsse ein Appell gerichtet werden, heilbedürftigen Arbeitern ihre Stellen offen zu halten. Wichtig sei auch die Frage, ob man nicht in den Anstalten für die Arbeiter einen Berufswechsel vorbereiten könne. Am nächsten liege es, sie der Landwirtschaft zuzuführen,

aber er verhehle sich nicht die dabei obwaltenden Schwierigkeiten. Immerhin sei es vielleicht angebracht, von den Heilkräften getrennte Nachkuranstalten mit landwirtschaftlichem Betrieb zu errichten. Ueber Deutschland ziehe sich ja jetzt schon ein ziemlich engmaschiges Netz von Heilkräften, Aufgabe der Zukunft werde es sein, an den Ausbaue der Heilkräftentrage heranzugehen. Dazu werde der Kongress wesentlich beitragen. Bequeme Nöthler werden beim Festen der Kongressberichte gewiß sagen: Das sind Phantastereien, Utopien. Von den Anwesenden nehme er aber nicht an, daß sie zu diesen Nöthlern gehören, sondern daß sie Willkür im Kampfe gegen die Tuberkulose geworden seien. Das Werk sei schwierig, aber ein Ziel sei da. Und wenn auch der Weg über bergiges Gelände führe, es wolle ihm scheinen, als wolle hinter dem letzten Berge schon der Kirchturm der Kirche des nachbarlichen Ortes und bläue auf ihm das goldene Kreuz der Nächstenliebe in der leuchtenden Sonne. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Vormittags-Sitzung.

Am Nachmittag kommen zunächst

kleinere Diskussionsvorträge

an die Reihe.

Herr F. Rufenacht-Walter-London berichtet über die Sanatorien und die hygienisch-diätetische Behandlung der Lungentuberkulose in Großbritannien.

Herr Galtach-Barmen berichtete über die Thätigkeit des Bergischen Vereins für Gemeinwohl, dessen Vorsitzender er ist, in Sachen der Tuberkulosebekämpfung; es wurde von ihm besonders hervorgehoben, daß den Familien der Lungentuberkulose, die der Verein in Heilkräften schickte, das Krankengeld vollständig überlassen werde.

Herr Rechtsanwalt Meyer aus Frankfurt (Main) sprach über die Aufgaben der Krankenkassen, Berufsvereinigungen und Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten im Kampfe gegen die Tuberkulose. Er verlangte Rücksicht vom Reich und den Einzelstaaten für diesen Kampf und wies aus seiner Erfahrung als Vorsitzender einer Ortskrankenkasse auf die große Belastung hin, welche gerade die an Tuberkulose Erkrankten den Kassen auferlegen. Schließlich beantragte er, das Verlangen nach einem Reichszuschuß der Staatszuschüsse formell in einer Kongress-Resolution auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende, Herr Gabel, erwidert, daß die Kongressleitung beschlossene Resolutions und Beschlüsse über Anträge nicht zu lassen und bei der weitestgehenden Zustimmung des Kongresses sei das wohl auch richtig gewesen. Das hindere aber natürlich nicht, daß die Wünsche des Vortragenden den Stellen zugänglich gemacht werden, die es angehe (Beifall) und er zweifle nicht, daß solche aus so autoritativen Munde vorgetragene Wünsche ihren Eindruck an den maßgebenden Stellen nicht verfehlen würden.

Herr Dr. José Juan Domínguez-Balencia berichtete in deutscher Sprache über die hygienischen Einrichtungen und die Anlage des National-Sanatoriums von Zoria-Boeli für schwindelnde Krüme.

Professor Ewald-Berlin sprach sodann über die Kinderheilkräften an den deutschen Seestädten und ihre vorzuziehenden Erfolge. Er wies auf die zahlreich an Strophose erkrankten Kinder hin, bei denen sich dann meist Tuberkulose entwickelt und legte den Wert der Seehelkräften für diese kleinen Übergewicht dar. Sie besaßen seit 20 Jahren und haben viele Heilerfolge aufzuweisen. Man solle diese Seehelkräften nicht als veraltete Einrichtungen betrachten, sondern ihnen nach wie vor warmes Interesse entgegenbringen. (Beifall.)

Im Anschluß hieran berichtete Sanitätsrat Max Salomon aus Berlin über die Organisation der Seehelkräfte des Vereins für Kinderheilkräften an den deutschen Seestädten, während Professor A. Baginsky-Berlin über die Einrichtungen von Kinderheilkräften sprach. Für tuberkulöse Kranke Kinder sei die Einrichtung besonderer Heilkräften notwendig. Da die Kinderheilkräfte heilbar sei, ist bei der Behandlung tuberkulöser Kinder nicht auf Wiederherstellung einer gewissen momentanen Leistungsfähigkeit, sondern auf möglichst vollkommene Heilung Bedacht zu nehmen. Der Aufenthalt der Kinder in Heilkräften muß sich daher auf längere Zeit ausdehnen, als dies für Erwachsene üblich ist und für Schulunterricht in den Heilkräften sollte gesorgt werden. Vor einer Reihe von Jahren habe ein Berliner Arzt am Terrain im Grunewald an einer Stelle, wo jetzt jeder Quadratfuß mit Gold ausgegraben wurde, als Geschenk zur Errichtung eines Heimes für tuberkulöse Kinder angeboten, die gleichzeitig dort unterrichtet werden sollten. Man habe das Geschenk damals mit der Bemerkung abgelehnt, daß man doch nicht eine Schule in den Wald legen könne. (Heiterkeit.)

Herr Dr. Weider aus Göbersdorf trug eine Statistik über das Schicksal der seit 1894 aus seinem Volks-Sanatorium „Krankenheim“ entlassenen Tuberkulösen vor und forderte im Anschluß daran eine einheitliche vom Reichsversicherungsamt organisierte Statistik über die Erfolge der Heilkräften.

Herr Dr. Fiedrich aus Hamburg gab eine Darstellung der Gesichtspunkte, die bei der Auswahl und Nachsichtführung der in Heilkräften behandelten Lungentuberkulösen im Besitze der sanitätlichen Versicherungs-Anstalt maßgebend sind, während Herr Dr. Reich aus Hamburg über die Steuerfrage dieses Bezirks berichtete.

Professor Strouardel aus Paris behandelte die Therapie in den Sanatorien, und bezeichnete es als besondere Grausamkeit, Kranke deshalb abzuweisen, weil sie noch nicht krank genug seien. Der große Gehalt wurde vom Kongress mit besonderem Beifall ausgedrückt.

Dr. Hoyer-Wincken richtete einen Appell an den Kongress, auch für diejenigen Kranken aus dem Mittelstand durch Gründung von Sanatorien zu sorgen, welche in die Volkshelkräften nicht aufgenommen werden können, weil sie zu den Versicherungsanstalten nicht gehören, aber nicht das nötige Geld haben, eine neue Kur zu bezahlen.

Sanitätsrat Dr. Michaelis berichtete über die Heilkräfte in Bad Reibung, deren Leiter er ist. Am Abend seiner Erörterung ist er von der Beratung der Sanitätsrat zur Lungentuberkulose abgezogen.

Dr. Mohamed Bey-Kairo sprach über seine Erfahrungen bei der Krankenbehandlung. Er habe sein Leben der Bekämpfung von Tuberkulose gewidmet und die Krankheit müsse ausgerottet werden, je großes Länge er noch lebe. (Große Heiterkeit.) Er habe den Plan, ein internationales Hospital in Gaggara zu bauen, wo alle Sanitätskräften internat werden können. (Große Heiterkeit.) Sie haben. Ich habe aber das Geld dazu. (Große Heiterkeit.) Meine Familie ist sehr reich und meine „Groschen-Sammlung“ noch nicht. (Heiterkeit.) Sie besitzen 50 Millionen ägyptische Pfund, ein Pfund hat 20 Gulden in Gold. (Heiterkeit.) Er wird sich bei der Ausfertigung eines Planes unterziehen, ich ermahne aber auch Unterstützung von den Regierungen der civilisierten Welt. (Heiterkeit.)

Dr. Breitung-Berlin sprach über die noch vielfach verheerenden Wirkung entgegenzutreten, als seien die Heilkräften eine Gefahr für die Umgebung. Das Schicksalstragen der Damen auf der Straße wurde viel gefährlicher, für die Abkühlung dieser Gefahr sei die Heilkräften der Heilkräften nicht zu haben. (Heiterkeit.)

Dr. Mughan-Berlin sprach dann über den Sanitätsrat in Deutschland, die Reich und Erhaltungsmittel darzubringen, nicht gehen werden, was sich häufig in ihrer Bekämpfung nicht möglich machen lassen würde. Heilkräften ist die Kraft im Kampf gegen die Tuberkulose, was heute morgen verstanden werden sei. Neben polemisiert gegen die Sanitätsrat und schließt mit der Hoffnung, daß die gegebene Forderung die Kräfte, die die Kräfte im Kampf gegen die Tuberkulose stellen, in Zukunft besser stellen werden als heute. (Lebhafter Beifall.)

Das Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, Herr G. S. Schmidt (Hann. Volksp.) sprach über die Lösung des Kongresses den Part der Tuberkulose aus. Demnach habe bei allen Delegierten nach Abgleichem Uebereinstimmung, daß die Lösung der sanitätlichen Angelegenheiten der Arbeiter und Krankenversicherungen als eines der wichtigsten Mittel im Kampfe gegen die Tuberkulose zu gelten habe. Aber die Tuberkulose läßt sich nicht, wie Herr Dr. Fiedrich es gemeint habe, mit dem einseitigen Kampf überwinden, als Sozialversicherungssystem beschreiben werden; damit kann man der Sache nicht. Gegen die Tuberkulose, die eine Volkshelkräfte ist, müssen sich alle Kräfte vereinigen, wie ja der Kongress zeigt. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Herzog von Ratibor teilt mit, daß man von einer Erlebigung der ruffändigen Vorträge aus Abteilung III der vorgerückten Zeit wegen Abstand genommen habe und konstatiert, daß der Kongress somit am Ende seiner Arbeiten angelangt ist. In seiner Schlussrede hebt er hervor, daß das Resultat des Kongresses, wie man ohne Ueberhebung sagen dürfe, ein glänzendes sei und jeder Teilnehmer zufrieden auf den Verlauf des Kongresses zurückblicken könne. Er verliest eine lange Dankesliste, in der alle die zahlreichen Faktoren, die zum Gelingen des Kongresses beigetragen haben, aufgezählt sind.

Im Namen der Kaiserin sprach Kammerherr von dem Kneesebeck, im Namen der ausländischen Delegierten Professor Brouardel-Paris, der auch der Stadt Berlin für die liebenswürdige Aufnahme der fremden Gäste dankte und die Kongrestellnehmer zur Weltausstellung und zum internationalen Ärzte-Kongress nach Paris einlud.

Scheinrat von Pechen stakete dem Präsidenten Herzog von Ratibor den Dank für seine Mühewaltung ab und brachte ein Hoch auf ihn aus, das dieser mit Dankesworten an Scheinrat von Pechen erwiderte.

Um 5 Uhr waren die Verhandlungen zu Ende; ein um 7 Uhr stattfindendes Diner bildet den Abschluß der Kongress-Vereinbarung.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung, der in den Ministerhotels fleißig das Ohr an die Thürigen legt, weiß seinem Blatt eine bezeichnende Anekdote mitzuteilen, die da zeigt, wie die Junker über den greisen Reichskanzler Fürst Hohenlohe denken. Es wird niemand im Ernst erwarten, so schreibt er, daß der alte Staatsmann, der jetzt Reichskanzler und Ministerpräsident ist, dem beamteten und unbeamteten Junkertum imponiert und einschüchternd auf die Konservativen wirkt. Der gilt längst für politisch tot, und es war der parlamentarische Träger eines historischen Namens, der kürzlich auf die Frage, wie er über den Reichskanzler denke, witzig antwortete: „Der hat ja schon vor sechs Wochen seine Entlassung genommen; man sagt's ihm nur nicht, damit sich der alte Herr nicht aufregt.“ So witzig und spöttel man in Junkerkreisen über Antel Chlodwig, weil er eine anständige vornehme Natur ist, der nicht mit gepanzertem Faust dreinschlägt, selbst dort nicht, wo er dazu in der Lage wäre. Aber für Menschen seiner Art fehlt den brutalen Junkern und geschmeidigen Höflingen jeder Maßstab der Wertung.

Der erste Landrat hat sich gefunden, der die Kanalvorlage genehmigen will. Es ist der Vertreter des Kreises Marburg mit Namen v. Regelein. Die Bündler seines Kreises sind darüber wütend und bestürmen ihn mit Zuschriften, die der Abgeordnete ihres Vertrauens mit keiner Silbe beantwortet. Damit es nicht den Anschein gewinnt, wie wenn ein politischer Druck auf die amtlichen Personen ausgeübt werde, tritt Herr Laura v. Kardorff, Stumm's bester Gesährte, in den Berliner Neuesten Nachrichten für die Freiheit der beamteten Abgeordneten ein. Selbst Bismarck, der doch „die Fügel der Regierung mit fester Hand zu führen wußte“, habe in wirtschaftlichen Fragen auf den Chor der Landräte keine Einwirkung geübt. Es ist richtig, Bismarck waren in Punkten, in denen es ihm selber nicht darauf ankam, die Landräte zu wenig, aber wenn er und so oft er es für nötig erachtete, mußten sie parlamentarisch einschreiten wie die Unteroffiziere, sie so gut wie außerhalb des Parlaments die Herren Botshafter. Unter Hohenlohe's Aufsicht lassen sich allerdings leicht rollenwidrige Seitenstränge machen, ohne daß die Wagemutigen Gefahr laufen, wie früher Amt und Würden einzubüßen.

In Flensburg konstituierte sich nach dem Vorwärts unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters eine Zwangsinnung für das Schneidergewerbe. In den Vorstand wurden durchweg Gegner der Zwangsinnung und als Oberbekannte Genosse Heimr. Mahlke, der schon zweimal im Flensburger Kreise als sozialdemokratischer Reichstagskandidat aufgestellt worden ist, gewählt. Mahlke war bis Anfang dieses Jahres Hauptkassierer des Generalverbandes der deutschen Schneider und ist gegenwärtig noch Bevollmächtigter der Flensburger Zahlstelle des Verbandes. Man sieht, die Zeitung der neuen Zwangsinnung ist in den besten Händen.

In der Pfingstwoche haben einige Hirsch-Dundersche Harmonievereine ihre Generalversammlungen oder Delegiertenversammlungen und schüchtern in leichten Resolutions die Arbeitswilligen-Vorlage verworfen. Am energischsten waren die Maschinenbau- und Metallarbeiter, die denn doch eingesehen haben, daß es unbedingt erforderlich ist, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter nicht nur nicht einzuschränken, sondern zu erweitern. Der Delegiertentag forderte daher von dem gesetzgebenden Körperlichkeiten des Deutschen Reiches, die in Aussicht stehende Vorlage abzulehnen. Der Delegiertentag beantragte ferner den Generalkongress beim Erscheinen einer Gesetzesvorlage, wodurch die Arbeiterrechte verkürzt werden sollen, einen umfassenden planmäßigen Widerstand in allen Gegenden Deutschlands, wo Ortsvereine bestehen, einzuleiten. Damit die Unternehmer und die Regierung vor dieser Unmenge Deputationslust aber nicht kaputtgehen werden, hat der auf gleicher Höhe stehende evangelische Arbeiterbund nicht gewagt, sein Organ abzugeben, das offen für die Bemerkung des Reichsabgeordneten eintritt. Nach Ansicht der Harmonieapostel wird aber das gefährliche Maßrecht geeignet sein, zwischen Kapital und Arbeit künstlich eine Kluft zu graben, die es nicht ausfüllen läßt.

Die Nationalliberalen der Rheinpfalz haben vor dem Bunde der Landwirte kapituliert, den Restalten ihres bisherigen Liberalismus als Wirtshaus im Rheinland verkauft. Wo er am tiefsten ist, und das reaktionäre Programm der Bündler zu dem ihren gemacht. Die alte Forderung besteht sie bei, um bei der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl, für die sie mit den Bündlern gemeinsame Kandidaten aufstellen, möglichst zahlreicheren Wettbewerb zu betreiben. Die Pfalz war bisher die Hochburg des dreimal verurteilten Liberalismus. Wenn in ihr schon die Säulen herab und die von der Firma Hugel u. Claus kunstvoll gefertigten Kapitale im bündlerischen Sturze versinken, was

sol man dann erst von anderen Gegenden, z. B. Sachsen und Hannover, verlangen! —

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hält seit dem 26. Mai in Berlin ihre Hauptversammlung ab. Zu erwähnen ist aus den Verhandlungen, daß vom Reichskanzler ein Schreiben eingelaufen ist, wonach die verbündeten Regierungen im Prinzip der Erbauung einer ostafrikanischen Centralbahn mit Reichszinsgarantie geneigt sind. Die Verhandlungen darüber sollen noch nicht abgeschlossen sein. Die Bahn, die im Falle ihrer Genehmigung durch den Reichstag wieder ein erhebliches Stück Geld aus den Taschen der deutschen indirekten Steuerzahler ziehen würde, soll gebaut werden, bevor Cecil Rhodes mit seiner Kap-Kairo-Bahn in deutsches Terrain eindringt. In Kolonialbegeisterung herrscht auf der Versammlung im übrigen kein Mangel. Samoa ist vergessen oder doch beigelegt.

Eine Audienz im Handelsministerium hatten dieser Tage Vertreter des Verbandes der Vereine selbständiger Gewerbetreibender. In Bezug auf die Wareneinkaufsteuer gab der Minister die Versicherung ab, daß die Regierung keineswegs in ihrem Vorgehen wandelnd geworden sei, umso mehr als eine große Anzahl Handelskammern die Notwendigkeit einer Sonderbesteuerung anerkannt habe. Die Angelegenheit werde gegenwärtig der Lösung entgegengeführt. Einer weiteren Ausdehnung des Genossenschaftswesens unter den Kleingewerbetreibenden steht der Minister durchaus sympathisch gegenüber; er eruchte die Vertreter des Verbandes, in dieser Angelegenheit schriftliche Gesuche einzureichen. Auch in Bezug auf die Abattiparverine und den Straßenhandel wurden die Deputierten vorstellig. Sie erhielten den Bescheid, daß das Ministerium auch in diesen Fragen „berechtigten Wünschen volle Aufmerksamkeit“ widmen wolle. Hoffentlich ist die Deputation befriedigt von dancem gezogen. Mehr als diese Befriedigung wird für die „Rettung des Mittelstandes“ nicht herauspringen.

Mit dem Kaffeebau in unseren ostafrikanischen Kolonien sieht es erbärmlich aus. Die Uambara-Kaffee-Gesellschaft hat ihren Geschäftsbericht erstattet, der zwar das Meiste verschweigt, aber in dem Wenigen, was er sagt, vernichtend klingt für die Zukunft der mit großem kapitalistischem Tamtam begründeten Kolonialthätigkeit. Ueber 600 000 Mk. sind für die Anpflanzung von Kaffeebäumen ausgegeben und für nur 20 000 Mark Kaffee ist in den letzten drei Jahren geerntet worden. Die Verwaltungs-Ausgaben betragen 40 000 Mark, die Löhne nur 27 000 Mark, ein Verhältnis, das allein schon einen lehrreichen Einblick in die „fruchtbare“ Geschäftsthätigkeit gestattet. Dabei hat das deutsche Reich die Uambara-Eisenbahn, die sogenannte „Kaffeebahn“, übernommen, deren Kosten und Verluste das deutsche Volk mit indirekten Steuergroschen zu decken hat. Im Inland giebt es ja auch keine Gelegenheit, Geld nützlich und ersprießlich anzulegen.

Die Ausweisungspraxis in Schleswig zeitigt doch auch einmal ein lustiges Stückchen. Kürzlich war ein dänisches Dienstmädchen über die Grenze gebracht worden, weil sein Dienstherr, ein preussischer Staatsbürger, eine dänische Versammlung besucht hatte. Der Aufenthalt in „Feindesland“ sollte nicht lange dauern. Das Mädchen war die Braut eines preussischen Tischlergesellen, der sich dieser Lage in den dänischen Grenzort Sem begab und sich in der dortigen Kirche mit dem Mädchen trauen ließ. Selbender überschritten sie danach die Grenze und begaben sich nach Spandau, dem Wohnort des Tischlers. Am Tage darnach erhielt der Gendarm Meldung, daß die Ausgewiesene sich wieder im meerumschlungenen Lande aufhalte. Er erschien, um das Mädchen, von dessen Verheiratung er noch nichts erfahren hatte, aufs neue über die Grenze zu spedieren. Dieses Bemühen war jedoch vergeblich, denn jetzt war die ausgewiesene Person durch ihre Verheiratung preussische Untertanin geworden. Sie wird nun fortan den preussischen Staat ebenso mit starkem Arm stützen, wie sie ihn vor ihrer Vermählung gefährdet hatte. Das Deutschland ist unter allen Umständen gerettet.

Dem Spiritusirer unterworfen hat sich der in Nordhaujen tagende Verein der deutschen Spiritusinteressenten. Derselbe nahm die Bildung eines Beirats und damit die Verständigung mit der Centralgenossenschaft für Spiritusverwertung an.

Bei der Reichstagswahl im zweiten niederbayerischen Wahlkreis scheint nach den bis zum Sonnabend vorliegenden Berichten der Centrumskandidat Eßlinger über den Bauernbündler Wieland gesiegt zu haben. Es waren gezählt für Eßlinger 5479, für Wieland 5391 Stimmen. Es stand nur noch das Resultat von zwei Orten aus. Mit der Bauernbündlerwahl geht selbst in Bayern bergab.

Für die Landtagswahl in König-Schlochau ist für die Wiederwahl des Landrats Dr. Kersten nach dem Ausfall der Wahlmännerwahl eine sichere Mehrheit gewonnen. Im Chor der Landräte ist der Kerstenische Lenor unentbehrlich.

Der evangelisch-soziale Kongress, das konventuelle politisierender Pastoren und Professoren, hat an seinem zweiten und letzten Tage einen Vortrag des Berliner Philosophieprofessors Paulsen über die „Wandlungen des Bildungsideals in ihrem Zusammenhang mit der sozialen Entwicklung“ entgegengenommen. Der Vortragende sagte den Bildungseindlichen Junkern, Großindustriellen und Merkantilisten einige sehr pointierte Wahrheiten und verlockt im übrigen Ansichten und Forderungen, die im Bürgertum noch vor dreißig Jahren gang und gäbe waren, heute aber als rückständig und gefährlich über Bord geworfen worden sind. Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die „Leutener“ haben dafür ja unangenehm klassische Belege geboten. Die Diskussion über die Paulsen'sche Leitsage und Ausführungen füllte die ganze Sitzung aus. Es ist selbstredend, daß wir Sozialdemokraten den Herrschaften wieder Furcht und Schrecken einflößten. Um davon nichts

merken zu lassen, suchten sie uns mit haltlosen Nebenarten herabzusetzen und zu verdächtigen. So meinte der Freund Ehren-Stöcker, der christlich-soziale Prof. Wagner-Berlin, daß „das nationalökonomische Wissen der Sozialdemokraten in den meisten Fällen nicht wirkliches Wissen, sondern nur dogmatisches Glauben sei. Diese Leute nehmen das, was ihnen die Führer sagen oder schreiben, als Glaubenssätze in sich auf, ohne diese einer Kritik zu unterziehen. Zur Sache selbst habe er zu bemerken, daß man doch den Wert der Allgemein-Bildung nicht überschätzen dürfe. Es liege dabei doch sehr die Gefahr der Halb-Bildung vor, die schon viel Unheil angerichtet habe.“ Natürlich. Wenn sich die Arbeiter durch eisernen Fleiß umfangreiche Kenntnisse aneignen, so entsteht dadurch nur „gefährliche Halb-Bildung“. Wenn aber die Studenten durch Nichtstun und Bummeln das Wenige vergessen, was sie auf der Schule gelernt haben und sich dann durch Repetitionen gewaltig einige formale Wissensbrocken einpaufen lassen, so entsteht in ihren Köpfen und Herzen die „wahre Bildung“, die zur Erlangung der höchsten Ämter befähigt. Mit diesem schrillen Mißklang „ausgleichender Gerechtigkeit“ und mit Gebet schloß der ergebnislose Kongreß einiger braven Leute und vieler herzlich schlechter Musikanten. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Wie die spärlichen offiziellen Berichte der Friedenskonferenz besagen, wird eine eifrige Thätigkeit entfaltet. Die drei Kommissionen der Konferenz wählen jede für sich Unterabteilungen; die Unterabteilungen wählen jede für sich Unterkommissionen; die Unterkommissionen wählen jede für sich Untergruppen und die Untergruppen werden sich nicht einig über die Reihenfolge der zu beantwortenden Fragen, geschweige denn über die Fragen selbst. Es läßt sich daher leicht denken, wie fruchtbar ein solches Zusammenarbeiten ausfallen muß, in dem keiner vom andern etwas weiß. Eines nur ist sicher: der Abrüstungsgedanke ist aufgegeben worden, bevor die Konferenz die Kommissionen und diese die Unterkommissionen wählte. Daß man etwas nicht thun will, wird also unzweifelhaft als Ergebnis der Beratungen herauskommen. —

Der Rücktritt des österreichischen Ministeriums Thun gilt infolge des Scheiterns der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn so gut wie sicher. In tschechischen Kreisen nimmt man an, ein Beamtenministerium werde zur Durchführung des Ausgleichs gebildet werden, welches nach Erledigung des Ausgleichs von einem Ministerium der Rechten abgelöst werden soll. In österreichischen Kreisen glaubt man, daß in dieser Woche beide Regierungen dem Kaiser ihre Demission anbieten werden. Die ungarischen Minister sind am Freitag nach einer Besprechung Koloman v. Szells mit dem Grafen Goluchowski und dem Grafen Thun nach Budapest abgereist.

Dem Generalprokurator am Pariser Kassationshofe, Manau, ist am Sonnabend vormittag der Bericht des Referenten Vallot-Beaupré über die Dreifus-Angelegenheit zugegangen. Der Bericht schließt mit dem Antrage auf Revision des Dreifusprozesses mit Verweisung der Sache vor ein neues Kriegsgericht. Vor dem Kassationshof wird in dieser Woche die öffentliche Verhandlung stattfinden. — Der französische Senat genehmigte das Budget, nachdem er an demselben einige Abänderungen vorgenommen hatte. Wegen der letzteren muß das Budget an die Kammer zurückgehen. — Die Kammer brachte die Verhandlungen über Algier noch nicht zu Ende. Zwischen dem Generalgouverneur Laferrière und den Antisemiten kam es wieder zu scharfen Zusammenstößen. —

Ein Tabaksmopol für die Schweiz schlägt die Bundesversammlung zur Finanzierung der Kranken- und Unfallversicherung vor. Das Monopol darf die Qualität der für den großen Teil der Bevölkerung bestimmten Tabake und Cigarren weder verschlechtern noch den Preis verteuern. Den Verhältnissen der bei der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter ist durch den Weiterbetrieb der gegenwärtigen Fabriken in der Staatsregie weitestgehende Rechnung zu tragen. Aus dem Meinertrag des Monopols werden den Kantonen 25 Prozent zugeschrieben mit der Verpflichtung, die bezüglichen Einnahmen für die Hebung des Volksschulwesens zu verwenden. In Deutschland werden Monopolerträge niemals für kulturfördernde, sondern nur für kulturwidrige Zwecke projektiert. —

In der italienischen Deputiertenkammer hat es stürmische Auftritte zwischen unserem Genossen Enrico Ferri und dem ehrenwerten Crispi gegeben. Die Sitzungen mußten am Freitag und Sonnabend wiederholt suspendiert werden. Eine Aeußerung Ferris, der einem General schmählische Fahnensucht in Afrika vorgeworfen hatte, veranlaßte den Ministerpräsidenten Pelloux zu einer bombastischen Ehren-erklärung für „die Armee“. Es wird in Italien mit denselben Waffen gearbeitet, die in Frankreich Lump geworden sind. In beiden Ländern suchen die Säbelträger, Diktatoren und Betrüger Deckung hinter dem Wall schwülftiger „nationaler“ Phrasen. —

In China sind die Diamantgruben von Tschau (Schantung) von einer deutschen Firma angekauft worden. Die dortigen Funde sind bislang recht mindertwertig gewesen. —

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Magdeburgische Zeitung berichtet ihren Lesern über den bereits seit ca. 8 Tagen bestehenden **Ausstand der Bootleute**. Natürlich nicht ohne hämische Angriffe auf die sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokratie soll diesen Ausstand auszunutzen versucht haben, um die Schiffer in den sozialdemokratischen Elb- und Hafnarbeiterverband hinüberzuführen, doch seien diese Bemühungen von dem erhofften Erfolge nicht begleitet gewesen. Daß Tanchen ein äußerst lauges Weib ist, haben wir mehrfach konstatiert, daß sie sich auch in der Hellschere versucht, ist uns neu. Wir möchten ihr jedoch raten, sich in diesem Fach nicht weiter

zu versuchen, sonst könnte sie sich noch ärger blamieren, als dies bislang geschehen ist. In den letzten Wochen haben sich so viel Schiffer dem „sozialdemokratischen“ Elb- und Hafnarbeiterverbände angeschlossen, daß in der vorletzten Versammlung der Schiffer selbst die Polizei von dem Andrang Notiz genommen hat — worüber wir berichtet haben. Also wieder mal reingefallen. —

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß hat bekanntlich Professor Hans Delbrück die Lösung der sozialen Frage vom Fahrrad abhängig gemacht. Diese absonderliche Idee ist selbst der Magdeburgischen Zeitung zu dumm, die hierzu bemerkt: „Professor Delbrück scheint von den sozialdemokratischen Radfahrervereinen und von der Ausnutzung des Fahrrades durch die Sozialdemokraten für Agitation nichts zu wissen.“ Aus diesen Zeilen spricht doch wohl der Aergers über die bösen Sozialdemokraten, die alle Vorteile des modernen Verkehrs für ihre Zwecke auszunutzen verstehen. —

Der von den Sozialdemokraten aufgestellte Satz: „Maschinenkräfte machen Menschenkräfte überflüssig“, findet seine Bestätigung in dem Inzerate eines hiesigen Blattes, welches lautet: „Leutenor!! in der Landwirtschaft wird erheblich gemindert durch die Schulische Automatische Dampftrahpresse (Modell 1899), neueste Erfindung, das beste auf diesem Gebiete, ohne Konkurrenz.“ Die Einführung der Maschine auf das platte Land und der damit verbundene großkapitalistische Betrieb der Landwirtschaft hat aber auch die Landarbeiter für die Lehren der Sozialdemokratie zugänglicher gemacht. —

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten hat eine äußerst umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Die Stadtverordneten sind deshalb aufgefordert, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Nach mutmaßlichen Angaben der hydrographischen Landesanstalt zu Prag wird die Elbe ihren Höchststand Montag abend erreichen. Die an der Elbe unterhalb Torgau zu erwartenden Höchststände ergeben nach den aus dem Saalgebiet und Muldegebiet eingegangenen Nachrichten für Rospau etwa + 4.0 m, für Alten + 4.2 m, Barby + 4.2 m, Magdeburg + 3.7 m, Tangermünde + 4.1 m und Sandau + 4.2 m. —

Aufgemerkt! Einer unserer besten Agitatoren wird demnächst in die Quartiere der hiesigen Einwohner dringen — der Steuerzettel. Die Regierung hat die Kommunalsteuerzuschläge genehmigt, so daß sofort mit dem Austragen der Steuerzettel begonnen werden kann. Der Endtermin für die Bezahlung der Steuern für das erste Vierteljahr ist auf den 16. Juni festgesetzt. —

Magdeburg bekommt ein deutsches Café! Frau Tielecke macht einem geehrten Publikum von Magdeburg und Umgegend bekannt, daß sie es endlich so weit gebracht habe, das vielseitig gewöhnliche Deutsche Café, Leisterstraße 15, zu eröffnen. — Vermutlich ist dieser Wunsch von Antisemiten ausgegangen; „vielleicht“ kann er aber nicht geäußert sein, denn die Partei der Antisemiten am Orte läßt sich zur Zeit in 3 Droschken fortbewahren. —

Die Bauvorfahrt in Magdeburg. Im Monat Februar haben 3 Hochbauabnahmen von Neubauten (Wohngebäuden) stattgefunden. Die Zahl der in Neubauten entstandenen Wohnungen beträgt 23, die sich in folgender Weise auf die Klassen nach der Größe verteilen: Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern 5, mit vier heizbaren Zimmern 8, mit fünf heizbaren Zimmern 5, mit sechs und mehr heizbaren Zimmern 6. Die kleinen Wohnungen (mit 0 und 1 heizbaren Zimmer) weisen somit keine Zunahme, die mittleren (mit 2 bis 4 heizbaren Zimmern) dagegen eine Zunahme um 13, die großen (mit 5 und mehr heizbaren Zimmern) eine solche um 10 auf. Von diesen Wohnungen entfallen auf Altstadt 8, Wilhelmstadt 7, Neustadt 8. —

Die Erhöhung des Grundgehalts für die Lehrer der gehobenen Schulen erfolgt am 1. Juli. Die Erhöhung beträgt 100 Mark. Die Volksschullehrer, deren Arbeit doch gewiß keine allzuleichte ist und die mit einem ganz anderen Menschenmaterial zu rechnen haben, sind natürlich über diese Bevorzugung nicht fondelich erbaud. —

Desertiert ist der Musikier Friedrich Otto Sigtor der 1. Komp. Inf.-Regt. Nr. 27. Vom Divisionsgericht ist er aufgefordert, zurückzutreten und sich spätestens in dem auf den 13. September 1899, vormittags 11 Uhr, im Militärgericht hier festgesetzten Termin einzufinden, widrigenfalls derselbe im Ungehorsams-Verfahren für fahnenflüchtig erklärt und in eine Geldstrafe von 150 bis 3000 Mark verurteilt werden würde. —

Ausgewiesen wurden durch Verfügung des hiesigen Regierungs-Präsidenten der aus Tirol gebürtige 55jährige Seifensieder Jos. Krapf und der aus Ungarn stammende 27jährige Maler Anton Rowlicewicz, beide wegen Landstreichens und Wettefens. —

Schulferien. Die Sommerferien beginnen an den höheren Lehranstalten, höheren Mädchenschulen und Bürgergymnasien am Sonnabend den 1. Juli. Der Schulanfang erfolgt Dienstag den 1. August. Für die Volksschulen beginnen die Sommerferien ebenfalls am 1. Juli, der Wiederbeginn des Unterrichts erfolgt aber schon Montag, den 31. Juli. Weßhalb diese von den Ferien der höheren und Bürgergymnasien abweichende Anordnung? Ist doch den Lehrern und Kindern der Volksschule die gleiche Ruhezeit zu gewähren, wie den Lehrern und Kindern der höheren und Bürgergymnasien. Solche Ungleichheit schafft nur Unzufriedenheit. —

Die sehr umfangreiche Getreidefirma Albert Schönstedt, Bahnhofstraße, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Gläubiger sind befristet über den Zusammenbruch dieser sehr bekannten Firma. —

Die Aktionäre der Wilhelm-Maschinen-Fabrik recht vergnügte Gesichter. Der ihnen vorgelegte Rechnungsabluß schließt mit einem Gewinn von 1 402 895,59 Mark ab, worauf hin die Verteilung einer Dividende von 13 1/2 Prozent gleich 40 Mark gegen 12 1/2 Prozent gleich 35 Mark für die Aktie im Vorjahre genehmigt wurde. Mühseliger Gewinn. —

Privat-Depeschen hiesiger Zeitungen berichten ausführlich über die Toiletten der in Kassel anwesenden fürstlichen Persönlichkeiten. Urne Leier! —

Unerlei Unfälle. Der Kutscher August B. ist vom Pferde geschlagen und hat dabei einen Rippenbruch erlitten. — Der Tischler Hans C. hat sich bei der Arbeit ein Stummelfeul in den linken Arm geflochten, wodurch er eine tiefe Schnittwunde erlitt. — Die unverschämte Arbeiterin Dorothea D. ist in der Wänschstraße von einem Wagen angefahren und mit einer mit Butter und Eiern gefüllten Kiste umgefallen, wobei sie eine Armausrenkung erlitt. Die Verletzten fanden Aufnahme in der Altstädtischen Krankenanstalt. — Der Arbeiter Wilhelm Sch. aus Tudenburg hat sich in einer hiesigen Fabrik beim Gießen mit glühendem Eisen den rechten Fuß verbrannt. Sch. fand Aufnahme in der Sudenburger Krankenanstalt. —

Nachrichten aus der Provinz.

Afcherleben. (Elektrische Bahn.) Wegen Herstellung einer elektrischen Bahn von Magdeburg über Bernburg nach Afcherleben schweben zur Zeit Verhandlungen mit dem Ingenieur Lh. Schmidt in Berlin. —

Groß-Ottersleben. (Großfeuer.) Sonnabend abend 10 1/2 Uhr entstand auf dem Grundstück des Deponomen Reinhardt in Groß-Ottersleben (Halberstädterstraße 13) ein größeres Schuppenfeuer. Es brannte eine ca. 100 Meter lange und 20 Meter breite Scheune, die reichlich mit Heu, Stroh usw. gefüllt war, sowie ein etwa 60 Meter langer und 20 Meter breiter Hofstall. —

Seringen. (In die Kreisfuge geraten.) Der Zimmermann Edward Meyer kam der Kreisfuge zu nahe, wobei ihm die linke Hand völlig durchschnitten wurde. M. mußte infolge der schweren Verletzung in der Klinik zu Halle untergebracht werden. —

Schönbeck. (Aus dem Fenster gestürzt.) Aus der zweiten Etage eines Hauses der Friedrichstraße stürzte ein ca. dreijähriges Mädchen. Es fiel auf eine über den Hof gespannte Leine, wodurch der Sturz gemildert wurde. Immerhin trug das Kind einen Verbruch davon. —

Torgau. (Vom Mädchenmord.) Der der Mithäterschaft an dem Mädchenmorde in Torgau verdächtige Kleinberner Penzel aus Magdeburg soll sein Alibi nachweisen können, so daß die Ausführung der einschlägigen That dem zuerst verhafteten Bräuer allein zuguschrieben sein dürfte. Die schwebenden Beichtstücke sind noch nicht gefunden. —

Die gesamte Parteipresse verurteilt einstimmig die Parteinarbeit der Behörden für die Steinbruchbesitzer in Gommern, und fragt mit Recht: Wann wird endlich einmal die Zeit kommen, wo die Behörden ihre Eingriffe in die Privatangelegenheiten der Unternehmer und Arbeiter unterlassen? — Die hiesige Presse verschweigt die Vorgänge in Gommern, selbst der daselbst auch noch von Arbeitern geleitete „unparteiliche“ General-Anzeiger bleibt stumm. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Wanzen. (Zwei Arbeiter getötet.) Durch vorzeitiges Entladen eines Sprengschusses in einem Steinbruch wurden zwei Arbeiter getötet. —

Wien. (Verhaftet.) Wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung wurde am 24. d. Mts. der 8. teiler Klaus G. in einem Schanklokale in Wien festgenommen und verhaftet. —

Breslau. (Wieder Eimer.) Pastor Betge hier wurde wegen Unterschlagung von ca. 20 000 Mark Münze- und Kirchengeldern zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Aber Herr Pastor! —

Darmstadt. (Aus der Haft entlassen.) Der Redakteur der Frankfurter Zeitung, Alexander Gieseler, wurde Sonnabend abend aus der Haft wieder entlassen. —

Dresden. (Der mit Orden geschmückte Kommerzienrat.) Der wegen Unterschlagung von etwa 200 000 Mark in Dresden beschaffete Kommerzienrat Hoppe war Ritter des Albrechts-Ordens und des preussischen Kronen-Ordens. Vom Kaiser war ihm auch die Rote Kreuzmedaille verliehen worden. —

Kleine Chronik.

Durch ein großes Feuer sind am Freitag in Coney-Island, dem beliebten Badeort und Vergnügungsort der Einwohner von New-York, 200 Häuser zerstört worden. Der angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Dollars geschätzt. —

An der Pest sind in Alexandria neuerdings ein Grieche und zwei Ägypter erkrankt. —

Eine Explosion fand Freitag vormittag in der der Societe française gehörigen Patronenfabrik zu Sevres statt, wodurch acht Personen, unter ihnen zwei schwer, verletzt wurden. —

Ein Ruderboot, in dem sich Kontreadmiral Dsmann, dessen Schwiegersohn und ein Schiffslieutenant mit 3000 Pfund zu Lohngebern für das Marinearsenal befanden, kenterte im Goldenen Horn. Der Schwiegersohn Dsmanns und der Schiffslieutenant ertranken, das Geld ist verloren. —

Letzte Nachrichten.

Gommern. Auf privatem Wege erfahren wir, daß die zwischen den Unternehmern und Arbeitern gepflogenen Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben. Es sind Lohnerhöhungen zugestanden. —

München-Glabach. Sämtliche Färber sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert werden 21 Mark Wochenlohn. Die so bestehende Forderung ist von den Unternehmern abgelehnt worden. —

Stettin. Die von den ausländigen Seeleuten Sonnabend nachmittag eintreffende Versammlung beschloß, die Zugeständnisse der Dithederen anzunehmen und empfahl dringend den Ausländigen, sofort an Bord ihrer Schiffe zurückzukehren. Dieser Beschluß kam unverzüglich zur Ausführung. Der Ausstand der Seeleute ist damit beendet. —

Berlin. Hier ist eine allgemeine Aussperrung der Steinseher erfolgt. —

Köthen. Die Maurer streiken. —

Der Kongreß der Krankenkassen Deutschlands hielt am Sonnabend abend in den Arminhallen in Berlin seine konstituierende Versammlung ab. Simanowski-Berlin erklärte den Kongreß für eröffnet und begrüßte die Delegierten namens der Zentralkommission und der Verwaltungsberechtigten der Berliner Krankenkassen. Für die Leitung des Kongresses wurden gewählt: Simanowski-Berlin, Blumengamburg und Reit-München als gleichberechtigte Vorsitzende; Fräßdorf-Dresden, Goebel-Mainz, Goldammer-Erfurt, Deisinger-Hamburg, Suß-Chemnitz und G. Günther-Berlin als Schriftführer. Außerdem wird eine Redaktions-Kommission für die Anträge gewählt. Der Vertrauensarzt der Berliner Krankenkassen, Dr. Friedberg, gehört mit zum Bureau. Vertreten sind 223 Kassen mit 270 Delegierten und zwar 158 auswärtige Ortskrankenkassen mit 177 Delegierten, 37 Berliner Ortskrankenkassen mit 53 Delegierten, 4 Betriebskrankenkassen mit 10 Delegierten, 3 Innungskrankenkassen mit 4 Delegierten, 15 eingeschriebene Hilfskassen mit 12 Delegierten und 6 Korporationen (Arbeitervertreter-Vereine) mit 14 Delegierten. Die Tagesordnung des Kongresses ist in letzter Nummer bekannt gegeben. Die Verhandlungen nahmen am Sonntag vormittag in Kellers Festsaal ihren Anfang und wurden gegen 6 Uhr abends beendet. (Wir berichten morgen ausführlich über die Verhandlungen.) —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe vom Kochen) 17,00—21,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—38,00. Linen 25,00—49,00. Esparthoffen 5,50—6,00. Weizenstroh 3,50—4,00. Krammstroh 2,50—3,00. Heu 5,50—6,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,92—1,02, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,10—1,30. Hammelfleisch 1,20 bis 1,40. Speck (geräucherter) 1,60. Eibutter 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,40—3,20. —

Briefkasten.

Duckau (Thalia); am 3. Juni über: Der deutsche Landsturm auf dem Wege der Sozialreform; Obenstedt („Deutscher Kaiser“); am 20. Juni über: Der Lutherkongreß und seine Wirkung auf die Arbeiterbewegung. H. S. — E. Zu nächster Nummer. — Dr. In der uns vorliegenden Form ist das Eingekaufte unbrauchbar. — P. Dr. Bestimmen Sie Zeit und Ort. —



Singer Nähmaschinen
für
jede Branche der Fabrikation
wie für jede
Häusliche-Näharbeit.

Die Nähmaschinen der Singer Co. verdienen ihren Weltrenomee durch die vorzügliche Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das über 40jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste und vollständige Garantie für die Güte unserer Maschinen.

Kostenfreier Unterricht in der Modernen Kunststickerei. Singer Kraftbetriebs-Einrichtung neuester Konstruktion. Singer Elektromotoren, speziell für Nähmaschinen-Betrieb, in allen Größen.
Singer Co. Act. Ges. Breiteweg 189/190
gegenüber dem Café National.
Frühere Firma: G. Reiblinger. 1425

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Dampf-, Kur- und Bade-Anstalt

Inhaber: Herm. Fröhbrodt
Grosse Schulstrasse 4.
Anwendung aller physikalischen Heilfaktoren
wie
Dampfbäder, Packungen, Massagen, Wannen-, Lohantannin- und Zoolbäder, Kneipp'sche Güsse, Elektrische Anwendungen etc.
Verzählige Sprechstunden von 3-4, Sonntags von 12-1.
Probe-Dampfbad
nur 1 Mark bei Abgabe dieses Inserats.
Lieferant sämtlicher Krankenkassen Magdeburgs und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung
des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands
(Zahlstelle Magdeburg)

am Dienstag, d. 30. Mai, abends 7 Uhr, im Drei Kaiserbund, Gr. Storchstr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Dietrich. 2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes. 1605
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen eruchtet Die Verwaltung.

Groß-Ottersleben.

Der Männer-Turnverein Groß-Ottersleben feiert am 3., 4. und 5. Juni sein **25jähriges Stiftungsfest**, wozu Budenbesitzer und Gewerbetreibende freundlichst eingeladen werden.
1610
Der Vorstand.

Weisser Hirsch, Neustadt.

Sonntag, den 4. Juni cr.:
Großes Preis-Wettrennen.
Alle Parteien von Magdeburg und Umgegend sind hiermit freundlichst dazu eingeladen. — 10 Prämien bestehend in 3 wertvollen Gegenständen, 4 Reibhaken und 3 Diplomen. 1608

Buchhandlung
Volksstimme
Breiteweg 127.

Nieder eingetroffen:
Praktischer Selbstunterricht
im
Gewindezeichnen.
Mit 40 illustrierten Abbildungen und 36 Tafeln.
Von August Vogt.
Preis 1.35 RM.

Die Aerzte sind

ganz erpönt über die Erfolge des **Carl Koch'schen Nährzwiebacks**.
Derselbe bildet den Kindern gesunde Nahrung, stärkt das Blut, fördert das Wachstum und ist wegen seines hohen Nährwertes geeignet, das Kind vor den Folgen jeder Art Ernährungsstörung zu schützen. Er ist besonders geeignet bei:
Skrophulose, Drüsen, Darmstörungen, Rachitis, Knochenentzündungen usw. zu wirken. In Dosen und Packungen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. Verkauf nur allein in Originalpackung bei:
Haupt-Depot:
Adolf Häber Rachtz, Magdeburg
W. Lamm jr., Magdeburg, Döbbernerstr.
Wwe. Mathias, Döbbernerstr. 25.
H. Starkloff, Magdeburg, Döbbernerstr.
F. Markowski (Helmstedt-Depot),
Magdeburg-Neustadt, H. Rachtzweg,
Schulstr. 10.
Gustav Graf, Friedr. Paul, Döbbernerstr. 101.
G. Wehmeyer (Görschen-Depot),
Görschen.
F. Hedicke, F. M. Kilian, Schulstr. 15, Frz. Heikel, C. Nauke.
Schönebeck: Hermann-Droggerie, Ernst.
Hinkus, F. M. Kilian, Schulstr. 15, C. Nauke. 16

Alle Abbestellungen zu beziehen bei:
Carl Köhler, Döbbernerstr. 13, 11.
Junge Kanarienvogel-Verbreiter
Lange jenseitig post. Bezugsliste a. 50 Pfg. 1475
J. Tischler, Schulstr. 25.

Kraftl. Weissgerberlehrling
geb. 1891, 6 1/2 J. alt, 1.50 M. hoch, 30 Pfg. Lohn.
1599
Schiffstr. 47.
Georg Loge Schulstr. 25, 1.50 M. hoch, 30 Pfg. Lohn.
1600
Georg Loge Schulstr. 25, 1.50 M. hoch, 30 Pfg. Lohn.
1601
Neuweg 21 II. Etage, möbl. Zimmer.

Stets frisch gebrannte Kaffees
das Pfund
75, 80, 90, 100, 120, 140, 160, 180 u. 200 Pfg.
empfiehlt
L. W. Lüder, Große Marktstr. u. Stephansbr.-Gde.
1412

Küchenzettel der Magdeburger Volkstüchen
Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.
Dienstag: Weiße Bohnensuppe mit Rindfleisch.
Mittwoch: Kohlraben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Erbjesuppe mit Rippenfleisch.
Freitag: Kartoffelsalat mit Schweinebraten.
Sonntag: Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Große und Kinder-Volkstüchenmarken sind für Vereine und Herzschaften zur reellsten Unterstüzung für Notleidende von 12-2 Uhr in den Volkstüchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61, zu haben.

Küchenzettel des Lehrereinen- und Damenheims, Breiteweg 82, 1 Tr.
Dienstag: Brühsuppe mit Sago, Apfelreis, Karbonade.
Mittwoch: Brühhsuppe mit Nudeln, Spinat, Spiegeleier, Bratkartoffeln.
Donnerstag: Bierjuppe, polnischen Hosen, grünen Salat, Salzkartoffeln.
Freitag: Mocturleisuppe, Prinzesskartoffeln, Beersalat.
Sonntag: Kartoffelsuppe, Eierfuchen, Heidelbeeren.

Walhalla-Theater.
Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Viktoria-Theater.
Montag, den 29. Mai 1899:
Revität! Zum 2. Male: Revität!
Auf Straußlauf.
Singspiel in 3 Akten von G. v. Meyer und Thilo von Trotha.

Cirkus-Sommer-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Vorstellung.
Dauerkarten gültig.

Max Walden.
Neu! Neu!
Durchschlagender Erfolg!
Zimmer Nr. 13!!!
Kinder in Begleitung der Eltern zahlen kein Entree.

Dankfagung.
Allen denen, die meinem einzigen Bruder, dem Schuwmacher **Otto Holzendorf** die letzte Ehre erwiesen und seinem Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere meinen Kollegen, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Burg, den 28. Mai 1899.
Eduard Holzendorf.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise lebelloser Teilnahme und für die anerkennenden Kränze, welche bei dem Begräbnis meines mit unersetzlichem Kater verstorbenen
Burg, den 28. Mai 1899.
Eduard Holzendorf.

Dem lieben Wirt vom Cafe Bethge zu i. Wiegensteine ein Lebehoch! **Finke F.**
Dem dicksten Landwehweihenmirt die herzlichsten Glückwünsche! **G. D.**
Ein stammer Poletarier angekommen. **Sbbg., 27. Mai.** Gustav Tag und Frau.

Staudesamt.
Magdeburg, 27. Mai.
Aufgebot: Civilingenieur Friedrich Karl Kobenbeck in Gardelegen mit Luise Laura Tölpe in Neumünster. Bahnarzt Wilhelm Pöcker mit Luise Tischer hier. Obst- und Südfruchthändler Heinrich August Wilhelm Sack hier mit Johanne Charlotte Ida Fenz in Minden. Schuwm. Johann Schen hier mit Pauline Purtsch in Lünning. Schneider Adolf Otto mit Martha Wujowski hier. Arbeiter Otto Lachmann in Neustadt mit Selma Schwabe gen. Feder in Bennedeb. Arbeiter Hermann Feuerkauf mit Wilhelmine Seefemann geb. Frehdank in Gr.-Ottersleben. Geschäftsführer Richard Duffler in Stajfurt mit Anna Prejzler in Schönebeck. Schneidermeister Ernst August Uel in Oberhausen mit Charlotte Marie Bertha Freitag in Verdingen.

Eheschließungen: Konditor Karl Scheibel mit Martha Fiehr hier. Prorurist Willy Reine mit Ida Fingelberg h. Brakt. Arzt Dr. med. Otto Rudolph mit Leonie Schraub hier. Arbeiter Wilhelm Doppel mit Elisabeth Hagemann hier. Buchhalter Friedrich Wunge in Gr.-Salze mit Anna Habelthal hier. Schneidermeister Heinrich Freise in Deersheim mit Anna Ruth hier.

Geburten: Erna, T. des Postkass. Karl Lemme. Kurt, S. des Versicherungs-Inspectors Rudolf Röber. Paul, S. des Kaufmanns Julius Rosenberger. Kurt, S. des Materialisten Heinrich Heister. Frieda, T. des Arbeiters Friedrich Blis. Gertrud, T. des Musikers Herrn Freyberg. Frieda, T. des Klempners Otto Lütke. Kurt, S. des Bäckermeisters Andreas Holter. Helene, T. des Töpfers Anton Gebauer. Martha, T. des Schneiders Gottlieb Faros. Erich, S. des Arbeiters Karl Fehle. Hedwig, T. des Arbeiters Karl John.

Südenburg, 27. Mai.
Eheschließungen: See-Steuerm. Wilhelm Günther in Kiel mit Elisabeth Fiehr hier. Kgl. Schuwmann Karl Wegren mit Elise Eigenwillig hier. Arb. Herrn Brauer mit Theresie Knipfel hier.
Geburten: Kurt, S. des Straßens.-Aufsehers Gustav Föhne. Kurt, S. des Arb. Karl Pehold. Gustav, S. des Kfm. Alb. Hannemann. Otto Friedrich Franz, Hermann, unehelich.
Todesfälle: Karl, S. des Arbeiters Franz Vogel, 4 M. 26 T. Walter, S. des Arb. Wilhelm Westphal, 7 M. 9 T.

Budau, 27. Mai.
Eheschließungen: Magazinverw. Friedrich Lejonne mit Marie Luise Helene Neumann. Maschinentechniker Emil Rich. Baldeu. Selma mit Emma Dorothee Laura Bollmann. Postassistent Friedrich August Friedrich August Wilhelm Schmidt mit Marie Theresie Bertha Gertrud Richn.
Geburten: Elise, T. des Hüßbrenn. Karl Dowe.
Todesfälle: Elise, T. des Lokomotiv-Hüßbrenners Paul Schwedler, 4 M. 11 T.

Neustadt, 27. Mai.
Aufgebot: Ehemal. Valerian Hegner mit Marie Auguste Luise Zacharias.
Eheschließungen: Schneider Karl Weidfeld mit Elise Kämmerer. Arb. Rud. Fiehlbaum mit Martha Engel. Arbeiter Bruno Fritsch mit Witwe Hoffmeister, Friederike geb. Kintler.
Geburten: Klara und Wilhelmine, Zwillingstüchter des Arb. Rob. Bergwein. Frieda, T. des Arbeiters Gustav Piecach. Juna Erna Hildegard, unehelich. Ernst, S. des Kutshers Wilhelm Renne. Fritz, S. des Schlossers Friedr. Holz. Charlotte, T. des Metallarbeiters Paul Ranke. Wanda, T. des Arb. Paul Romal. Elisabeth, T. des Arb. Hermann Mohr.

Weidenhagen, 20. bis 26. Mai.
Aufgebot: Schiffbauer August Willy Ferd. Kintow mit Marie Dorothee Bertha Fietze hier.
Eheschließung: Arb. Joh. Friedr. Andr. Mädlow mit verw. Karoline Dorothee Biette Schulze geb. v. Westernhagen.
Todesfälle: Heinrich, S. des Schloss. Karl Henze, 6 M. 11 T.

Burg, 26. Mai.
Eheschließung: Kaufmann Christ. Albert Franz Niederkand mit Juliane Dittke Anna Schicht hier.
Todesfälle: Ida Frieda, T. des Stielmachers. Ludwig Knaut, 11 M. 26 T. Dienstmagd Bertha, T. des Schuwmachermehlers Karl Blaud, 26 J. 28 T.
Som 27. Mai.
Aufgebot: Dr. med. Franz Josef Paul Seiffen in Bräun mit Klara Elisabeth genannt Elise Putzig hier.
Geburten: Sohn des Handbuch-fabrikanten Albert Heffe. Sohn des Schuwmachers Friedrich Barth. Tochter des Arb. Gustav Bethge.

Todesfälle: Wwe. des Schiffer-Gelehrten Christian Annemel, Wilhelmine, geb. Ferschland, 79 J. 4 M. 19 T. Werner, S. des Goldarbeiters Richard Habbe, 2 J. 3 M. 21 T.

Neuhaldensleben.
Aufgebot: Tischlermeister F. W. Wernstedt hier mit M. L. Feuerkauf in Groß-Annensleben. Bezirksfeldwebel F. D. Goebler in Nidersleben mit E. E. Reiz hier. Dreher C. H. U. Jacobs hier mit S. L. Thiemann in Nuhaldensleben.
Geburten: 17. Mai: Arbeiter F. Kramer ein Sohn. Arbeiter A. Barnick eine Tochter. 19. Mai: Etabineur C. Schumann eine Tochter. F. H. Kruse eine Tochter. 21. Mai: Kaufmann G. Schulze ein Sohn. 24. Mai: Fabrikarbeiter Th. Fier ein Sohn.

Todesfälle: 20. Mai: Fabrikarb. Karl Lütke, 52 J. 9 M. 17 T. 21. Mai: Ella, Tochter des Kaufmanns Willy Mahrenholz, 2 M. 5 T. 22. Mai: Elisabeth, geb. Lampe, Wwe. des Cigarrenfabrikanten S. Gerede, 62 J. 10 M. 14 T. 24. Mai: Willy, Sohn des Schuhmachersstr. P. Schmidt, 3 J. 1 M. 25 T.

Althaldensleben.
Aufgebot: 23. Mai: Dreher August Jacobs in Neuhaldensleben mit Germinie Thiermann hier.
Eheschließungen: 6. Mai: Malermeister Hermann Appel in Helmstedt mit Ida Krull hier. 8. Mai: Barbier Otto Wietig mit Marie Ploch hier. 13. Mai: Maurer Karl Schumann in Duisburg mit Auguste Niede hier. 20. Mai: Dreher Gustav Reichmann in Weddingen mit Emilie Hagemeyer hier. 22. Mai: Dreher Hieronymus Marler in Rheinsberg mit Anna Frickeberg hier.

Geburten: 20. April: Dreher Willy Schrader 1 T. 22. April: Gelbg. Werner Ahrendts 1 S. 21. April: Steingutmaler Wilhelm Waake 1 T. 23. April: Steingutmaler Otto Friedrichs 1 T. 30. April: Dreher Richard Schrader 1 T. 30. April: Fabrikarbeiter Wilhelm Helmke 1 T. 27. April: unehelich 1 S. 1. Mai: Bäckermeister Friedrich Kersten 1 S. 6. Mai: Fabrikarbeiter Karl Körtge 1 T. 8. Mai: Kupferdrucker Friedr. Weder 1 T. 9. Mai: Arbeiter Franz Madoniat 1 T. 15. Mai: Dreher August Hauber 1 T. 18. Mai: Arbeiter Friedrich Kempe 1 S. 22. Mai: Dreher Wilhelm Burghard 1 S. 21. Mai: Fabrikarbeiter Hermann Schulze 1 T.

Todesfälle: 26. April: Friederike Niemann geb. Schröder, 71 J. 1 M. 4 T. 30. April: Emma Schröder geb. Sänger, 23 J. 3 M. 6 T. 1. Mai: Theresie Osterwald, 4 J. 21 T. 4. Mai: Anna Hedder-boge geborne Meier, 37 J. 2 M. 18 T. 5. Mai: Otto Hilliger, 26 T. 9. Mai: männlicher Leichnam eines Kindes, im Walde gefunden. 10. Mai: Arb. Witwer Matthies Blönnig, 80 J. 5 M. 3 T. 22. Mai: Luise Feldmann, 1 J. 8 M. 13 T. 21. Mai: Selma Homann, 1 J. 5 M. 19 T.

Sehenswürdigkeiten.

Grönjische Gewächshäuser im Friedrich-Wilhelms-Garten: Täglich geöffnet von 8-12 und 2-7 Uhr: Montag 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 8-11 und 1-3 Uhr, ebenfalls jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage von 2-7 Uhr nachmittag. Eintritt 10 Pfg.
Mathes Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8-7 Uhr. Eintritt frei.
Heinrichshofische Kunst-Ausstellung Eintritt frei.
Der Dom unentgeltlich geöffnet von 9 bis 10 Uhr; zu anderen Zeiten Meldung beim 1. Domkustos im südwestlichen Domtreppengang.
Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz.
Stadt-Bibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10-2 Uhr.
Menagerie in der Nordfront.
Denkmäler: Oberbürgermeister Francke. Hofschach-Brannen. Luther. Friesen. Bajedow. Zimmermann.
Ständige Ausstellung des Kunstvereins im städt. Museum: Geöffnet am Sonntag von 11-2 Uhr, an den Wochentagen von 10-6 Uhr.

Inferate
sowie
Abonnements
auf die
Volksstimme
nimmt entgegen
Andreas Zierau
Kolporteur
H. Neust. Neuhaldenslebenstr. 12 l.

15 Sofas und Divans
werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlich Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.
S. Osswald
Ulrichstraße 14
1607 1. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Im Reichstage hat Graf Kintowström recht zuversichtlich erklärt, auf Erfolge könne die Sozialdemokratie in Ostpreußen nicht rechnen. Früher war er so zuversichtlich nicht und sicher sind viele seiner Parteigenossen in dieser Beziehung anderer Ansicht. Graf Kintowström gehörte übrigens zu den Unterzeichnern eines bald nach den Wahlen veröffentlichten Aufrufs der konservativen Parteileitung Ostpreußens, in dem unter Hinweis auf das höchst bedenkliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zu eifriger Thätigkeit gegen die Sozialdemokratie aufgefordert wurde. In allen Kreisen der Provinz sind in den letzten Monaten Vereine und Komitees gegründet, die den Zweck haben, eine Agitation gegen die Sozialdemokratie zu entfalten. Vorläufig stehen diesen Vereinen anscheinend ziemlich reiche Mittel an Geld zur Verfügung. Es wäre recht wünschenswert, daß festgestellt würde, aus welchen Taschen die Gelder kommen. Unsere Agrarier sind doch bisher nur gewöhnt, sich die Taschen auf Kosten des übrigen Volkes zu füllen, nicht aber Geld zu geben. Ein Welfenfonds existiert doch nicht mehr?

In Königsberg wird ein für die Landarbeiter geschriebenes Blättchen, Der Volksfreund, herausgegeben. In 30 000 Exemplaren wird dieses von Beschimpfungen der Sozialdemokratie strotzende Blatt in der ganzen Provinz gratis verbreitet. Daneben werden die Flugblätter niedrigster Art aus dem Hülshagen Verlag massenhaft unter die Leute gebracht. Verbreiter sind in jedem Ort, auf jedem Gut vorhanden. Lehrer geben die Blätter den Kindern mit, ein Pastor verteilte sie in der Kirche im Konfirmandenunterricht, jedem Gutsbesitzer geht Woche für Woche ein Paket Schriften zu, das er verteilen soll. Die Behörden scheinen die Bekämpfung der Sozialdemokratie als einen Teil ihrer amtlichen Thätigkeit zu betrachten. Wie man sich Agitatoren gegen unsere Partei verschafft, zeigt folgendes vom 30. März d. J. datierte Schreiben des Landrats in Memel an die Gutsbesitzer:

Landrat
J. No. 1449/3.

Wie Ihnen bekannt ist, bemüht sich die sozialdemokratische Agitation auf das lebhafteste, ihren verderblichen Lehren auch unter der Landbevölkerung Eingang zu verschaffen und verbreitet außerordentlich viel sozialdemokratische Kalender und Wochenschriften unter den ländlichen Arbeitern.

Um den Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegen zu arbeiten, hat sich ein Komitee unter dem Unterzeichneten gebildet, an das sich eine Organisation in den Kirchspielen anschließen wird.

Als erste Maßnahme ist die Verbreitung guter Zeitungen in Aussicht genommen und werden Ihnen allwöchentlich aus Preßlau eine Anzahl deutscher und litauischer Zeitungen zugehen, die das Komitee Sie dringend bittet, sofort unter Ihren Arbeitern zu verteilen, so daß dieselben zu den Osterfeiertagen und den Sonntagen im Besitz der Blätter sind.

Das Schreiben trägt seiner ganzen Form nach durchaus den Charakter einer amtlichen Verfügung, die der Landrat an die Gutsbesitzer erläßt. Es ist klar, daß der dringenden Aufforderung zur Verteilung der Schmähschriften über unsere Partei in fast allen Fällen entsprochen wird. Haben die Herren zu einer solchen Agitation gegen unsere Partei Auftrag? — (Vorwärts.)

Soziale Bewegung.

Inland.

Die Stuccateure in Dresden haben am 20. Mai gekündigt und werden am 5. Juni in den Ausstand eintreten.

Seniileton.

(Autorisierte Uebersetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Großvater.

Roman von Jonas Lie.

Der Korpsarzt war zwei, drei Tage lang nach Ternas Verlobung wie neu belebt. Er interessierte sich für Pauls Ideen und verzog sich in seine Pläne und redete und scherzte mit Terna. Es schien das alles seine Gedanken angenehm zu zerstreuen.

Doch bald erschlaffte das Uhrwerk wieder. Er ging wortkarg und in Gedanken herum, nur in seine Ideen vertieft, — lehnte — mit einem starren Lächeln oder einem Nicken ab, — sich mit jemandem einzulassen und stahl sich am liebsten aus der Stube, wenn von Ternas Heirat und von allerhand Zukunftsplänen die Rede war.

Er schien immer mehr seiner Privatpraxis sich entziehen und sich bloß auf Amtsgeschäfte einschränken zu wollen. Man gewöhnte sich im Hause, die Patienten an den Stellvertreter zu weisen, ohne erst jedesmal den Doktor zu befragen. Sie sahen, er litt unter jeder Störung.

Der Großvater kam hier und da mit seiner Pfeife ins Kontor, um mit dem Sohn ein kleines Gespräch zu versuchen. Jedoch es geschah recht selten, daß der Versuch viel weiter führte als zu zerstreuten, abgetrockneten Antworten.

„War das heute eine prächtige Tour,“ — begann er, während er das Bündelholz anstrich, — „reines Sommerwetter. — Wertwürdig, wie das anfrisch.“

Der Korpsarzt antwortete nicht; — er saß wie gewöhnlich mit Papieren und Reichertsbüchern vor sich.

„Es ist ein großes Kriegsschiff in den Hafen eingelaufen. Dr. Hörst ist es Schiffe,“ fuhr der Großvater fort.

„Ja, Vater,“ unterbrach der Korpsarzt ihn plötzlich und richtete sich auf, „ich habe nun schon alles mit mir abgemacht. Mein erster Schritt ist natürlich, daß ich vorchristlichmäßig aus Gesundheitsrücksichten um einen halbjährigen Urlaub ein-

komme,“ folgte dann gewissermaßen als Schluß seiner eigenen Gedankenreihe.

Der Großvater ließ die Pfeife sinken.

„Ja, Vater, — ich habe nun alles mit mir abgemacht,“ — wiederholte er mit tiefem Seufzer und saß düster da und wiegte den Kopf. . . .

„Ich bin drinnen in den Tiefen gewesen und bin dabei untergegangen, — sozusagen unglücklich gewesen auf dieser Welt. . . Ich kann das Leben nicht wieder von vorn beginnen, — vermag es nicht. . . . Es ist eine Krankheit, dieses Nichtkönnen, siehst Du, — dieses in Schwermut versinken. Es fehlt mir nichts am Verstande, — der ist normal. Ich bin nur müde, — müde. Ich muß irgendwo hin, mich ausruhen.“ . . .

„In eine Heilanstalt für Nervenleidende,“ — kam es kurz und fest, — „und ich habe mich darauf eingerichtet.“

„Sobald Terna verheiratet ist, muß man Kirschen in eine Schweizer Pension bringen, damit sie dort erzogen wird und dort bleibt, bis sie erwachsen ist. Mit dem Erlös für Solld und mit meinem übrigen Guthaben, kann ich sie dort und Ingwald die drei Jahre noch auf der technischen Schule lassen, bis er fertig ist. . . Ihre Sorgen und Freuden teilen werde ich nicht. . .“

„Aber die Schande oder ein dunkler Schatten auf der Familie, das ist doch vermieden.“ . . . Es leuchtete wie ein Blick aus seinen Augen.

Er blieb sitzen und grübelte und schaute dann ungewiß zum Großvater auf.

„Dann wollen wir mit der Zeit sehen, Vater,“ — sagte er endlich vorsichtig, — „ob ich nicht gezwungen bin, um meine Pensionierung einzutreten. — Etwas wie ein Mönchs-kloster, das ist's, was ich brauchte,“ — fügte er leise hinzu.

Das Gesicht des Großvaters behielt seinen tröstlichen Ausdruck; doch seine Augen überprüften in kaltem Schmerz die Lage, — wie er sie in seinem Innern lang gehabt . . . eines Kranken Flucht zur Einsamkeit. . . .

Eine am 26. d. Mts. im Trianon in Dresden abgehaltene, von 2000—2500 Maurern besuchte Versammlung hat gegen eine Stimme beschlossen, den Meistern einen neuen Lohnsatz vorzulegen. Bis Dienstag, den 30. d. Mts., sollen die Meister sich äußern, ob sie den Tarif anerkennen wollen oder nicht und Dienstag abend soll eine andere Versammlung beschließen, was weiter zu thun ist. Da die Hauptforderung den Meistern schon im Januar unterbreitet worden ist und diese sich geweigert haben, mit der Lohnkommission zu unterhandeln, aber dem Gesellenauschuß mitgeteilt haben, daß von Lohnabzug, nicht aber von Lohnzulage die Rede sein könne, dürfte sich in nächster Woche in Dresden ein hartnäckiger Kampf entspinnen. Die Maurer allerorts werden erjucht, dies so viel wie möglich bekannt zu machen.

Die Schweriner Bauarbeiter sind behufs Erzielung eines Stundenlohnes von 32 Pfg. in einem Streik eingetreten.

Die Barbiergehilfen in Pforzheim beabsichtigen in eine Lohnbewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit und Schluß der Geschäfte an einigen Feiertagen einzutreten.

Der Verband bayerischer Eisenbahn-Werkstätten- und Betriebsarbeiter, der gegenwärtig eine Mitgliederzahl von tausend Personen aufweist, gibt jetzt in Schweinfurt eine Fachzeitung heraus, die monatlich zweimal erscheint.

Der Bäckerstreik in München ist nach vierwöchentlicher Dauer mit einem Sieg der Gesellen beendet. Ueber diejenigen Meister, die die Forderungen noch nicht bewilligten, ist die Sperre verhängt.

Ausland.

Die General-Versammlung des schweizerischen Typographenbundes, die in Baden bei Zürich tagte, zählte 500 Teilnehmer. Es wurde die Aufstellung eines ständigen Buchdruckersekretärs beschlossen, ferner soll der Anschluß an die ausländischen Buchdruckerverbände und die Erhöhung der Umzugskosten für verheiratete Mitglieder durchgeführt werden.

Der Internationale Bergarbeiter-Kongreß beschäftigte sich im weiteren Verlaufe der Verhandlungen mit der Frage des Minimallohnes. Haslam und Carey (England) sind für Festlegung eines Minimums; der letztere für gesetzliche Regelung, damit der Bergmann nicht mehr abhängig von dem Willen der Unternehmer und den Marktpreisen. Brown (Schottland) spricht sich für Nationalisierung der Bergwerke aus. Brenez (Belgien) und Burt (England) betonen, daß der Minimallohn für jedes Land bezw. jeden Distrikt je nach den Verhältnissen besonders festzusetzen ist. Schröder (Essen) erinnert daran, daß die Arbeiterschaft nicht vergessen dürfe, nach der politischen Macht zu streben, um wirtschaftliche Verbesserungen sich zu verschaffen. Der Kongreß verließ hierauf dies Thema, nachdem sich alle Nationen (mit Ausnahme der Vertreter der Bergleute von Northumberland) für die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes ausgesprochen hatten. Der nächste Punkt ist: Internationale Reglementation der Produktion. Alle Redner sprechen sich gegen die Ueberproduktion und die Ueberarbeit aus. Die Ueberproduktion an Kohlen gebe den Unternehmern das Mittel, den Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten, die Löhne niedrig zu halten. Um eine Einschränkung der Produktion zu erreichen — auch darin waren sich alle Redner einig — müssen vor allem starke Organisationen vorhanden sein. — Sodann nimmt der Kongreß eine Resolution an, welche die Errichtung staatlicher

Alterspensionskassen für die Bergleute verlangt. Die deutschen und die österreichischen Delegierten enthielten sich der Stimmabgabe. Der nächste Bergarbeiter-Kongreß wird 1900 in Paris stattfinden.

Die dänischen centralisierten Gewerkschaftsverbände richten an die deutschen Arbeiter die dringende Bitte, ihnen im Kampfe um ihre Organisation beizustehen. Bekanntlich sind seit dem 24. Mai in ganz Dänemark sämtliche Arbeiter der Maschinenfabriken und Eisenwerke, also alle Schmiede, Maschinenbauer und Formner, sämtliche Klempner, sämtliche Maurer, Zimmerleute, Maler, Stuccateure, kurz alle im Bauhandwerk und in der Eisenindustrie des ganzen Landes beschäftigten Arbeiter ausgesperrt, mit den bereits früher ausgesperrten Tischlern insgesamt 30 000 Mann. Was das bedeutet, wird klar, wenn man bedenkt, daß das ganze Land 2 1/2 Millionen Einwohner zählt und die Zahl der organisierten Arbeiter etwa 70—80 000 beträgt! Die Unternehmer wollen die Verwirklichung der dänischen Arbeiterorganisationen. Das geht zum Ueberfluß daraus hervor, daß es dem Vorstand des Unternehmerverbandes freigestellt worden ist, wenn dieser den Zeitpunkt für geeignet findet, eine Aussperrung in allen den Branchen vorzunehmen, die unter die Centralorganisation der Kapitalisten gehören. Unter alle Anfragen giebt Bescheid das Hauptcomptoir der Gewerkschaftsverbände, Adresse: J. Jensen, Kopenhagen K, Broilagerstræde 11, 1. Etage.

Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter.

Rudolstadt, 25. Mai 1899.

In der heutigen Sitzung wurden eine Reihe von Anträgen zum Statut erledigt, unter anderen gelangte auch ein Antrag zur Annahme, der die Rechte des Schiedsgerichts, welches bisher nur Streitfragen zwischen Vorstand und Mitgliedern in bestimmten Fällen erledigt, erweitert, daß es etwa die Funktionen derjenigen Instanz hat, welche in anderen Gewerkschaften unter dem „Auschuß“ besteht. Das Schiedsgericht soll aus 15 Personen bestehen, von den Mitgliedern desjenigen Ortes gewählt werden, der zum Sitz des Schiedsgerichts bestimmt wird, und die Aufgabe haben, alle Beschwerden über Beschlüsse des Vorstandes vorbeständig der Berufung an die Generalversammlung zu erledigen.

Neunte Generalversammlung des Centralvereins der deutschen Böttcher.

Böln, 24. Mai 1899.

Zur Beratung steht der neunte Punkt der Tagesordnung: Anträge zum Statut. Hierzu liegen 35 gedruckte Anträge vor. Eine Erhöhung der Mitgliedsunterstützung wird abgelehnt. Folgender Antrag wird angenommen: „In Böhmen, wo Kollegen im Auslande sind und wo vor Bezug gewarnt wird, soll Reiseunterstützung nicht gezahlt werden.“ Ferner wird beschlossen, daß nach dem Tode eines Mitgliedes dessen Frau ein Sterbegeld gezahlt wird, und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft 25 Mark und nach fünfjähriger 30 Mark. Ein Antrag, der den Mitgliedern anderer Verbände bei dem Uebertritt in den Centralverein der Böttcher Freisetzung von dem Eintrittsgeld und die vollen Rechte, die der Verein gewährt, zugestehen will, wird abgelehnt. — Bisher war darüber, wie viel Geld die Böhmen am Ort behalten dürfen, nichts festgesetzt. Die Generalversammlung beschließt nun folgendes: „Im § 8 Absatz 6 ist der letzte Satz zu streichen. Dafür ist folgender Absatz hinzuzufügen: „Zur Freisetzung der Ausgaben der Lokalverwaltung, wie Porto, Verwaltungskosten, Agitation am Orte, Arbeitsnachweis, Kartell, sowie zur Deckung der für regelmäßige Verbreitung des Vereinsorgans entstehenden Ausgaben können die Filialen 15 Prozent der Beiträge verwenden.“

Eine Reihe weiterer Änderungen bieten für die Deffentlichkeit wenig Interesse.

In der Nachmittags-Sitzung werden zwei hamburger Anträge angenommen, die die Thätigkeit des Vorstandes und das Verhältnis des Vorstandes und des Auschusses zu einander regeln. Ferner wird beschlossen, daß in Zukunft nur alle drei Jahre eine Generalversammlung stattfinden soll. Auf 150—200 Mitglieder soll ein Delegierter ge-

XV.

Der Korpsarzt hatte Terna verheiratet wissen wollen, ehe er sich in die von ihm gewählte Feilanstalt für Nervenkranken zurückzog.

Das junge Paar befand sich nun auf einer Reise durch das Land, ehe sie in jener Stadt Aufenthalt nahmen, die Paul für seine nächste „Chronik“ ins Auge gefaßt. Erst um die Weihnachtszeit durfte man sie in ihrer Heimat und im Apothekerhaus wieder erwarten.

Der Großvater hatte sich bei der Witwe Söberg oben zwei gemüthliche Zimmer gemietet. Von da aus hatte er endlich wieder aufs Meer und den Hafen, woran er nun einmal fast sein ganzes Leben hindurch gewöhnt war und was er so lang entbehrt hatte. Beim Sohn hatte er vom Kaiserthum aus bloß die oberste Spitze eines einzigen Krankenhauses gesehen, die zwischen zwei Dächern emporkragte. Und auf der anderen Seite schaute er auf das altväterliche, schräge Dach des Apothekerhauses und auf ein Stück des Gartens, das in einem Hügel mit Gemüsehöfen und in einem kleinen Pappelmäldchen endete.

Ab und zu wirtschaftete hier irgend eine von den Tanten herum, in einer Kapuze oder in einem großen Strohhut, — entweder Tante Nina oder Tante Lulla oder Moppchen; aber jede von ihnen hielt sich peinlich in eigenen Ragon. — Das war bisweilen eine Zerstreuung für den Großvater, — und ebenso, zuzusehen, wie die Eltern sich auf der Feuerleiter wippten.

Er machte auch manchmal einen kleinen Ausflug hinüber. Der Apotheker allerdings, der war eigentlich nichts gerade für ihn. Aber die drei Tanten waren unterhaltend und gemüthlich, — und höchst verschieden geartet; — wenn sie ihm nur nicht ihre vermaledeiten Mittel gegen alles mögliche aufschwanden wollten, — na, ausgenommen einen aromatischen Kräuterkübel, der in der That, wie man anerkennen mußte, aus einer Fülle wirksamer Kräfte der Natur gezogen war.

(Schluß folgt.)

